

Widerspruch: Linke Positionen zum Ukraine-Krieg

Die schweizerische Zeitschrift *Widerspruch* versammelt in einem Schwerpunkt linke und zum Teil kontroverse Positionen zum Ukraine-Krieg.¹ Am Beginn steht ein Interview über die Linke in der Ukraine, das die Redakteurin *Regula Flury* mit *Ivo Georgiev* geführt hat, dem Leiter der deutschen Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) in Kiew. Dieser schildert, wie die ukrainische Linke einerseits im eigenen Land gegen die neoliberale und repressive Politik des Staates und gegen die Aktivitäten rechts-extremer Gruppierungen gekämpft habe, sie aber andererseits nun mit der russischen Invasion konfrontiert werden. Die als prorussisch geltende und verbotene Kommunistische Partei und die ebenfalls illegalisierte Sozialistische Partei erwähnt er mit knappen Worten und bewertet sie eher negativ. Georgiev sagt, er kenne sich primär mit der außerparlamentarischen Linken aus. Seine Sympathien scheinen der Organisation »Sozialnyi Rukh« (»Soziale Bewegung«) zu gehören, die ihre Enttäuschung darüber kundgetan hat, dass ein Teil der westeuropäischen Linken Waffenlieferungen an die Ukraine ablehnt. Plädoyers, die politische Linke möge sich für Militärgerät einsetzen, wie sie im Heft – mit unterschiedlichen Akzentsetzungen – auch *Beat Ringger*, *Hanna Perekhoda* und *Renate Hürtgen* vertreten, wären vielleicht überzeugend, wenn niemand Waffen in die Ukraine schickte. Da die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten das Land jedoch überreichlich aufrüsteten, auch um damit eigene strategische Interessen zu verfolgen, wäre die Linke wohl besser beraten, Friedensinitiativen zu unterstützen, wie sie derzeit aus Brasilien, China oder Südafrika kommen. Dass die USA mittlerweile international geächtete Streumunition in die Ukraine liefert, zeigt erneut die Gefahren einer Eskalation, die nicht nur von Russland, sondern auch vom Westen ausgehen. Georgievs These, wonach die ukrainische Bevölkerungsmehrheit den Krieg einer Annexion von Gebieten vorziehe, kann hinterfragt werden.

Der Beitrag über die russische Linke von *Lutz Brangsch*, ebenfalls RLS, fällt differenzierter und distanzierter aus. Darin bekommt man einen Eindruck vom linken Spektrum vermittelt. Dieses reicht von der sogenannten patriotischen Linken, die nationalistische Positionen vertritt und deren stärkste Partei die KPRF ist, bis hin zu kriegsgegnerischen Organisationen, etwa die Russländische Sozialistische Bewegung, der Linksblock, die Alternative Linke oder der Feministische Widerstand. Viele ihrer Mitglieder, so Brangsch, hätten das Land verlassen müssen. Zu den Kriegsgegnern gehören auch marxistische Intellektuelle und ihr publizistisches Umfeld, darunter *Boris Kagarlitsky*, *Alexandr Buzgalin* und die Redaktion der Zeitschrift *Fragen der politischen Ökonomie*. Unabhängige marxistische Studienzirkel könnten zum Ziel staatlicher Verfolgung werden. Die KPRF stütze sich überwiegend auf eine ältere Wählerschaft, die zwar die Bürokratie kritisiere, sich aber vom Präsidenten Putin soziale Verbesserungen erhoffe. Demgegenüber verliere die Partei bei den Jüngeren, die sie mit revolutionärer Rhetorik zu gewinnen suche, die aber den Krieg eher ablehnten. Während die russische Linke in der Kriegsfrage gespalten sei, gebe es Gemeinsamkeiten in der Sozialpolitik und in der Verteidigung gewerkschaftlicher Rechte.

Annemarie Sancar berichtet von einem feministischen und friedenspolitischen Kooperationsprojekt mit Frauen in der Ostukraine. Sie kritisiert, dass die Linke im

1 *Widerspruch*, H. 80, 248 S., 18 €, <https://widerspruch.ch/>

Westen über das Für und Wider von Waffenlieferungen diskutiere, obwohl Studien zeigten, dass der Einsatz von Waffen verheerende Konsequenzen für Frauen habe und die Gefahr vergrößere, dass es zu sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt komme. Wenn Sancar schreibt, dass verschiedene westliche Staaten eine Feministische Außenpolitik vertreten, für die Entmilitarisierung ein zentrales Thema sei, dann fragt man sich, wessen Politik sie hier konkret meint und ob sie nicht möglicherweise Programmatik mit außenpolitischen Realitäten vermengt.

Im Interview vertritt der ukrainische Soziologe *Wolodymyr Ischtschenko* die These, dass der Krieg »im gemeinsamen rationalen Interesse der herrschenden Klasse in Russland« sei (S. 40). Der hauptsächliche Konkurrenzvorteil der russischen Kapitalistenklasse bestehe in »oftmals informellen Gewinnen (manche nennen es Korruption), aber nicht etwa in technologischen Neuerungen oder billigen Arbeitskräften« (S. 40). Hierzu hätte man gern mehr erfahren. Ischtschenko erinnert ebenfalls an die Korruption der ukrainischen Oligarchie, von der seit der Invasion aber kaum gesprochen werde und in die, wie durch die Veröffentlichung der sogenannten Pandora Papers 2021 bekannt wurde, auch Präsident Selenskij und andere Regierungspolitiker verwickelt seien. Auch kritisiert er autoritäre und nationalistische Tendenzen in der Ukraine. So seien 18 Prozent der Bevölkerung durch Parteienverbote ihrer parlamentarischen Repräsentation beraubt worden. Er erinnert daran, dass die NATO nach wie vor umstritten sei und dass ein Teil der Bevölkerung den Verlust der Sowjetunion bedauere. Mit Blick auf die Nachkriegszeit hält er ein Erstarken der ukrainischen Linken für möglich, sofern ein Atomkrieg verhindert und der Klimawandel entschieden bekämpft werde.

Der ukrainische Künstler *Anatoli Uljanov* schreibt über Menschen in der Ostukraine, die gleichsam zwischen den Fronten stehen und sich einerseits mit der russischen Invasion konfrontiert sehen, andererseits mit Feindseligkeit und Misstrauen seitens der ukrainischen Regierung. Der äußere Feind schaffe eine Einheit, aber nach dem Krieg würden die innerukrainischen Widersprüche zurückkehren. »Der Krieg«, prophezeit Uljanov, »wird zu einem universellen Argument werden. Er wird dazu dienen, jegliche Probleme in der Wirtschaft, jegliche Repression, Willkür zu rechtfertigen. (...) Das Opfer darf alles und ist für nichts verantwortlich.« (S. 59)

Der ehemalige Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion im Schweizer Bundesparlament, *Franco Cavalli*, spricht von einem »interimperialistischen Krieg« und erinnert an die Haltung, die in vielen Ländern des Globalen Südens vorherrsche und die sich in dem Schlagwort »weder mit Putin noch mit der Nato« ausdrücke. Auch wenn der russische Krieg gegen die Ukraine zu verurteilen sei, stelle sich die Frage, ob der Krieg durch eine andere Politik im Westen hätte verhindert werden können. Die Furcht Russlands vor einer hochgerüsteten NATO an den eigenen Grenzen, die schon Gorbatschow beunruhigt habe, sei nachvollziehbar. Cavalli plädiert für eine internationalistische Position, wie sie die kriegsgegnerische Linke im Ersten Weltkrieg – u. a. Luxemburg, Liebknecht und Lenin – vertreten habe. Dabei vernachlässigt er allerdings einen wichtigen Unterschied, denn damals konnte sich diese Linke berechtigte Hoffnungen machen, dass es in den kriegführenden Staaten zu sozialistisch und pazifistisch geprägten Revolten und Revolutionen kommt.

Vor dem Hintergrund des Krieges unterscheidet Z-Redakteur *David Salomon* vier historische Phasen, auf die jeweils Imperialismustheorien reagieren, erstens eine klassische antikoloniale Etappe seit Beginn des 20. Jahrhunderts, zweitens die Jahrzehnte des Kalten Krieges, drittens die Zeit der US-Dominanz und des »Kriegs gegen den Terror« sowie schließlich viertens die jetzige Konfliktkonstellation. Salomon diagnostiziert bei den Konfliktparteien eine Verschärfung der Kriegslogik, die eine wachsende wirtschaftliche Konfrontation einschließt.

Dieter Klein, Ökonom und Mitglied der Partei Die Linke, plädiert für eine Politik der Gemeinsamen Sicherheit, die Russland einschließt. Er erinnert daran, dass die letztlich erfolgreiche Entspannungspolitik während des Kalten Krieges sich im Westen gegen große Widerstände und angesichts politischer und militärischer Konfrontationen zwischen den Blöcken durchsetzen musste. Unter anderem fordert Klein Vorbereitungsgespräche für Verhandlungslösungen, eine Politik, die auf eine Neutralität der Ukraine und einen Abzug ausländischer Streitkräfte hinwirkt sowie Angebote an Russland, Sanktionen im Gegenzug zu Waffenstillstand bzw. Friedensverhandlungen abzubauen sowie Russland in eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur einzubinden.

Weitere Beiträge stammen unter anderem von *Renate Dillmann* zur Rolle Chinas, von *Michael Graff* zu internationalen Kräfteverschiebungen, von *Michael Roberts* zum Einfluss westlichen Kapitals in der Ukraine und von *Markus Heiniger* und *Dominic Iten* zu gegensätzlichen Interpretationen der schweizerischen Neutralität.

Michael Zander

Arbeit Bewegung Geschichte: Proletarische Frauenbewegung¹

Der Schwerpunkt dieses Heftes »Töchter ihrer Klasse? Die proletarische Frauenbewegung im Deutschen Kaiserreich und der Weimarer Republik« gehört zu den bisher zu wenig erforschten, gleichwohl umstrittenen Aspekten der Frauen- bzw. Arbeiterbewegung. *Vera Bianchi* und *Anja Thuns* verweisen in ihrem Editorial darauf, dass HistorikerInnen und AktivistInnen die »Unterdrückungskategorien Geschlecht und Klasse in ihren jeweils wissenschaftlichen oder politisch-tradierten Beiträgen häufig getrennt voneinander (betrachten)« (7). Im vorliegenden Band würde dagegen eine Perspektive eingenommen, die »einerseits die Frauenbewegung nicht in vermeintlich klar voneinander begrenzte Gruppierungen aufteilt, andererseits nicht blind für klassistische Diskriminierung und unterschiedliche ökonomische Hintergründe der Protagonistinnen ist« (8).

Zunächst geben *Jana Günther* und *Vincent Streichhahn* einen Überblick »Zur proletarischen Frauenbewegung in der Forschung«. Dabei setzen sie sich u. a. damit auseinander, dass einige Forschende die Tauglichkeit der kategorialen Einordnung in »bürgerlich« oder »proletarisch« zur Beschreibung der Bewegung ablehnen. Dies führe

1 Förderverein zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V. (Hrsg.): Arbeit Bewegung Geschichte. Zeitschrift für historische Studien 2023/II, Schwerpunkt Töchter ihrer Klasse?

dazu, dass proletarischen Aktivistinnen aus der Bewegung herausgeschrieben bzw. marginalisiert würden (vgl. 12/13). Deshalb konzentrieren sie sich in ihrem Beitrag auf die »blinden Flecken« in der Forschung und auf die Frage, »auf welche Weise ... sich das Engagement proletarischer Frauen sinnvoll in die historische Frauenbewegung einbetten« läßt (14). Wichtig ist dabei ihr Hinweis, dass die Debatten darüber, »wer zur Frauenbewegung gehörte und wer nicht ... ausdrücklich Geschichtsdeutungen aus der Frauenbewegung selbst« seien (ebd.).

Im Weiteren folgen die Ergebnisse zahlreicher regionaler Studien; so die von Thomas Höpel zur proletarischen Frauenbewegung in Leipzig von 1890 bis 1933, die er als eigenständige feministische Bewegung interpretiert (20ff). Die Entwicklungen in Leipzig sind insofern besonders interessant, da die Frauen in Sachsen schon vor 1908 politische Vereine gründeten oder bereits bestehenden Vereinen beitreten durften. Dies drückt sich auch in entsprechenden Mitgliedszahlen aus (Tabelle, 27). Spannend ist dabei, wie die SPD-Führung damals versuchte, eine »Aufhebung weiblicher Sonderorganisationen« zu erreichen ... (S. 26). In diesem Zusammenhang analysiert er, warum sich die aus bürgerlichen Schichten stammenden Armenpfleger und städtischen Behörden gegen eine Beteiligung von Sozialdemokratinnen wandten (wen wundert: Verteidigung der eigenen Privilegien – 30-31).

Christina Engelman wendet sich der »Entwicklung neuer Geschlechterrollen und politischer Organisationsformen in der proletarischen Frauenbewegung« zu. Dazu analysiert sie anhand Clara Zetkins publizistischer und redaktioneller Tätigkeit, welche Rolle die proletarische Frauenbewegung innerhalb der Arbeiter:innenbewegung im Hinblick auf drei Entwicklungen gespielt hat:

- inwiefern habe sie dazu beigetragen, traditionelle Geschlechterrollen, insbesondere das bürgerliche Frauenbild, grundlegend in Frage zu stellen?
- welche politischen Räume und neue Formen der Organisation haben sich Frauen erkämpft?
- welche neuen Modelle der Bildungs- und Organisationsarbeit wurden praktisch erprobt (s. 43ff)? – letzteres besonders unter muslimischen Frauen.

Kena Stüwe befasst sich mit »Anarchistinnen zwischen Systemkritik und Frauenfrage« – sowohl in deren Presse, als auch in der Bewegung. Dazu, so betont sie, sei bisher wenig bekannt. Es läge jedoch nahe, »dass eine örtliche Nähe zu den Zeitungsredaktionen und Organisationsspitzen der Bewegung ihre Beteiligung an den Projekten begünstigt« habe (71). Zentrales Diskussions- und Tätigkeitsfeld für diese Frauen waren reproduktionspolitische Debatten. In der Auseinandersetzung mit Geburtenregulierung und Mutterschaft habe sich gezeigt, dass »Anarchistinnen die gleichzeitige Unterdrückung von Arbeiterinnen durch kapitalistische sowie patriarchale Strukturen und Wertesysteme erkannten« (84).

Robert Sobota legt ebenfalls eine regionalgeschichtliche Studie vor – zum »Jenaer Hausfrauenrat 1919 – 1921. Diese in der Forschung wenig beachteten Strukturen sind umso interessanter, da sie sich nicht über die Produktion organisierten, sondern über die Sphäre der sozialen Reproduktion.

Der Beitrag von Marleen Buschhaus befasst sich mit dem heute zunehmend wichtiger werdenden Thema »Kolonialismus und Emanzipation. Die sozialistische Frauenbewegung und die koloniale Ideologie in der Zeitschrift ‚Die Gleichheit‘ 1892–1919.

Der vorliegende Text »setzt sich mit dem Zusammenhang von kolonialem sowie emanzipatorischem Denken auseinander und beleuchtet damit ein widersprüchlich anmutendes Verhältnis zwischen Gleichheit und (vermeintlicher) Überlegenheit, zwischen Solidarität und Abgrenzung sowie zwischen Befreiung und Unterdrückung« (111). Theoretischer Ausgangspunkt ist die Feststellung, dass »sich die Auswirkungen des Kolonialismus nicht auf jene beschränken, die an der Kolonialbewegung mitgewirkt oder die Kolonialherrschaft unterstützt haben« (113). Bei der Analyse der einbezogenen Texte aus der »Gleichheit« falle auf, dass sich die »Kritik an der deutschen Kolonialpolitik häufig auf ihre mangelnde Rentabilität (beziehe) ... und die »finanziellen Belastungen« diskutiert würden (s. 119). D. h. es wurde die imperiale Praxis des deutschen Kolonialismus kritisiert, ernsthafte Konzepte einer alternativen Kolonisierung wären jedoch nicht entwickelt worden (vgl. 121). Der Entwicklungsstand der Europäer:innen sei »Maßstab des Fortschritts aller Zivilisation und Kultur gewesen, andere Völker wurden nach der Nähe zu ihnen definiert und bewertet« (123).

Der folgende Abschnitt des Heftes widmet sich der Geschichtskultur und enthält einen Beitrag über die Wiener Alfred Klahr Gesellschaft (Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung) von *Manfred Mugrauer* und ein digitales Projekt zur »Erinnerung an Berlinerinnen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus«. Schwerpunkt der Recherchen von *Trille Schünke-Bettinger* und *Margit Hildebrandt* hierzu sind die vielen unbekanntenen Frauen der Arbeiterbewegung.

Entsprechend des Heftschwerpunkts enthält der Rezensionsteil vor allem Neuerscheinungen zu den proletarischen Frauenbewegungen und deren Protagonistinnen.

Viola Schubert-Lehnardt